

## **Marburger Bündnis „Nein zum Krieg!“**

### **„Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl am 14.03.2021, Marburg“**

**Für finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen zur weiteren Absicherung des Sozialstaates und für den ökologischen Umbau!**

**Gegen Krieg als Ursache für Tod, Leid, Umweltzerstörung und Flucht!**

Kriegerische Auseinandersetzungen bedeuten den Tod unzähliger Menschen.

Aber auch die Überlebenden und die Umwelt leiden unter den Folgen des Krieges.

Ihre Lebensgrundlagen werden durch Krieg und Gewalt zerstört. Ernten werden vernichtet, Felder können nicht mehr bestellt werden, Arbeitsplätze werden zerstört, Lebensmittel werden knapp und Preise steigen. Ebenso wird die Infrastruktur zerstört: Straßen, Brücken, Strom-, und Wasserversorgung, Schulen und Krankenhäuser werden beschädigt oder zerstört, Medikamente und medizinische Geräte werden knapp.

Flucht vor der Gewalt und der zerstörten Umwelt ist für Millionen Menschen die einzige Chance.

Aber auch die Herstellung von Rüstungsgütern führt aufgrund enormer Ressourcenvernichtung und erheblichem Energieverbrauch zu gewaltigen Umweltzerstörungen. Dies gilt nicht zuletzt auch für militärische Übungen zu Boden, Luft und Wasser.

Statt Steigerung der Militär- und Rüstungsausgaben und Profit durch unverantwortliche Rüstungsexporte sind die Rüstungsausgaben durch Abrüstung zu verringern und sind dagegen die finanziellen Mittel zur weiteren Absicherung des Sozialstaates wesentlich zu erhöhen:

Notwendig sind Investitionen in Kitas, Schulen, Hochschulen, den sozialen Wohnungsbau, in das Gesundheitswesen, in die Alterssicherung, in Rüstungskonversion und nicht zuletzt in den ökologischen Umbau und die Verbesserung der Lebenssituation und Perspektive von Geflüchteten! Dies gilt erst recht angesichts der Herausforderungen der Coronakrise!

Für uns als Marburger Bündnis „Nein zum Krieg!“ bedeutet der Beitrag zu Frieden und Abrüstung auf kommunaler Ebene:

- - **Ausbau der Beteiligung – in Kooperation mit unserer Partnerstadt Eisenach - im internationalen Städtebündnis „Mayors for Peace“**
- **Unterstützung des ICAN-Städteappells mit der Forderung, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten**
- **Unterstützung der Forderung „Abrüsten statt Aufrüsten!“**
- **Positionierung gegen die Anschaffung atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge und bewaffneter Drohnen**
- **Förderung der Friedenserziehung in Kitas, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung**
- **Unterstützung örtlicher Friedensinitiativen und zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich für die Aufnahme und soziale Integration von Geflüchteten einsetzen**
- **Kein Zugang der Bundeswehr zu Schulen und Ausbildungsmessen sowie öffentlichen Werbeflächen zu Werbezwecken!**